

ARGUKOMPAKT

Antisemitismus von links

Feindbild Israel

Autoren: Dr. Benjamin A. Hahn, Thomas Haslböck

Am 7. Oktober 2023 verübte die Hamas mit ihrem Terrorangriff auf Israel den größten Massenmord an Juden seit der Schoa. Unmittelbar danach stieg auch in Deutschland die Zahl dokumentierter antisemitischer Vorfälle sprunghaft an.¹ Ein besonderer Schwerpunkt liegt dabei auf den propalästinensischen Protesten und deren Begleitung in den sozialen Medien, bei denen es immer wieder zu antisemitischen Vorfällen kommt.² Getragen werden diese Proteste auch von Teilen des linken Spektrums. Repräsentative Befragungsdaten machen deutlich, dass antisemitische Vorstellungen in linken Milieus latent vorhanden sind und durch die Parteinahme für die Hamas nun offen zutage treten.³

Das vorliegende ArguKompakt zeigt, auf welche Weise linke Gesellschaftskritik antisemitische Denkmuster aufnimmt. Es erläutert die ideologischen Grundlagen dieser Form des Antisemitismus, beleuchtet beteiligte Akteure und deren Vernetzung.

Erscheinungsformen: Antisemitismus ist kein notwendiger Bestandteil linker Weltbilder. Linke politische Deutungen können jedoch mit judenfeindlichen Vorstellungen verknüpft werden. Besondere Bedeutung hat dabei die Übertragung antisemitischer Zuschreibungen auf Israel als jüdisches Kollektiv.

Ideologische Grundlagen: Marxistisch-leninistischer Antiimperialismus und bestimmte postkoloniale Deutungen werden zur grundsätzlichen Delegitimierung Israels und zur Rechtfertigung terroristischer Gewalt herangezogen.

Akteure und Strategien: Antisemitische Akteure im linksextremistischen Spektrum entstammen sowohl der klassischen deutschen Szene als auch dem palästinensischen Diaspora-Milieu und gewinnen insbesondere seit dem 7. Oktober 2023 durch antiisraelische Mobilisierung und zunehmende Vernetzung unterschiedlicher extremistischer Strömungen an Bedeutung.

Feindbild Israel

Antisemitismus von links

Erscheinungsformen

Antisemitismus: Was Antisemitismus ist und wie er definiert werden sollte, ist in der Wissenschaft Gegenstand fortwährender Debatten. Gleichwohl greifen viele Staaten mittlerweile auf die unverbindliche Arbeitsdefinition der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) zurück. Antisemitismus wird dort definiert als „eine bestimmte Wahrnehmung von Jüdinnen und Juden, die sich als Hass gegenüber Jüdinnen und Juden ausdrücken kann.“⁴ Gemeint ist eine Feindschaft gegen Einzelpersonen oder Gruppen aufgrund ihrer tatsächlichen oder vermeintlichen jüdischen Zugehörigkeit.⁵

Worin diese Feindschaft wurzelt, ist dadurch noch nicht bestimmt. Jedenfalls ist der Antisemitismus nicht auf eine rassistisch motivierte Abwertung jüdischer Menschen begrenzt. Auch kulturelle, nationalistische, politische, religiöse oder sozioökonomische Motive können eine Rolle spielen.⁶ Unabhängig von der konkreten Einstellungsebene richtet sich der Antisemitismus „in Wort oder Tat gegen jüdische oder nichtjüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen.“⁷ Das Spektrum reicht dabei von öffentlich verbalisierter Aversion über politische Forderungen nach einer Benachteiligung bis hin zu gewaltigen Übergriffen.⁸

Antisraelischer Antisemitismus: Antisemitische Vorstellungen können sich auch auf Israel richten. Die IHRA weist ausdrücklich auf Erscheinungsformen des Antisemitismus hin, die den Staat als jüdisches Kollektiv angreifen. „Israel“ dient dann als Chiffre für die gesamte jüdische Gemeinschaft.⁹ Bekannte judenfeindliche Vorstellungen können so auf den jüdischen Staat und seine Politik projiziert werden, ohne jüdische Einzelpersonen oder Gruppen offen zu adressieren.¹⁰ Eine solche Übertragung liegt beispielsweise vor, wenn Israel als Zentrum einer vermeintlichen jüdischen Weltverschwörung dargestellt wird.¹¹

Vor diesem Hintergrund ergibt sich die Schwierigkeit, zwischen einer legitimen Kritik am staatlichen Handeln Israels und ihrer antisemitischen Überformung zu unterscheiden. Eine Orientierung bietet der von Natan Sharansky vorgeschlagene Drei-D-Test mit drei Kriterien:

- **Dämonisierung** bezeichnet eine maßlose Überzeichnung Israels, etwa durch die Gleichsetzung der aktuellen Politik mit den Verbrechen des Nationalsozialismus.
- **Doppelstandards** liegen vor, wenn Israels Verhalten nach anderen Maßstäben beurteilt wird als vergleichbares Verhalten anderer Staaten.
- **Delegitimierung** bedeutet, Israel grundsätzlich das Existenzrecht abzusprechen.¹²

Für sich genommen belegen die Drei-D eine antisemitische Haltung aber nicht zwingend. Sie können Anhaltspunkte liefern, müssen allerdings im jeweiligen Zusammenhang geprüft werden.¹³

Linker Antisemitismus: Linker Antisemitismus bezeichnet judenfeindliche Denkmuster und Handlungen in Teilen des linken politischen Spektrums. Er stellt eine besondere Spielart des Antisemitismus dar, bei dem antisemitische Topoi mit linken politischen Deutungen verknüpft werden. Es ist allerdings zu betonen, dass Antisemitismus grundsätzlich kein integraler Bestandteil linker Weltbilder darstellt. Selbst in den

radikalsten Ausprägungen dieser politischen Ausrichtung, etwa der linksextremistischen Szene, werden antisemitische Einstellungen, gar antiisraelische Vernichtungsphantasien, meist nicht vertreten. Gleichwohl finden sich innerhalb der Linken immer wieder Beispiele für jüdenfeindliche Einstellungen: von den Anfängen des Kommunismus über den Linksterrorismus der 70er Jahre bis in die heutige Zeit.¹⁴ Dem antiisraelischen Antisemitismus kommt hierbei besondere Bedeutung zu.¹⁵ Um diese Verbindung zu verstehen, muss genauer betrachtet werden, unter welchen Bedingungen linke Gesellschaftskritik antisemitische Deutungsmuster aufnimmt. Hierzu bedarf es eines genaueren Blicks auf die Ideologie.

Ideologie

Beim linken Antisemitismus lassen sich eine marxistisch-leninistische und eine postkoloniale Spielart unterscheiden. Beiden liegt eine jeweils anders akzentuierte Imperialismustheorie zugrunde.

Marxismus-Leninismus: Die marxistisch-leninistische Variante¹⁶ nimmt ihren Ausgang bei Wladimir Iljitsch Lenin. Er interpretiert den Kapitalismus als ein globales System von unterdrückenden und unterdrückten Staaten. Hieran knüpfen Mao Zedong und Ernesto „Che“ Guevara an: Sie verstehen die Revolution als Partisanen- und Guerillakrieg gegen die imperialistischen Mächte. Israel ist für den antiimperialistischen Linksextremismus ein Vorposten des US-amerikanischen Kapitalismus und fungiert so als Werkzeug zur Ausbeutung der arabischen Welt.¹⁷ Dementsprechend erscheinen die Terrorakte der Hamas als Ausdruck eines legitimen Befreiungskampfes. Überhaupt kommt der Islamismus seit dem Niedergang des arabischen Sozialismus¹⁸ als potenzieller Bündnispartner bei der gewaltsamen Überwindung des Imperialismus infrage. Er wird dabei relativierend als bloße Reaktion auf globale Ausbeutungsstrukturen interpretiert.

Postkolonialismus: Der Postkolonialismus¹⁹ hingegen deutet Geschichte und Gesellschaft durch das Raster kolonialer Herrschafts- und Machtverhältnisse. Die Unterströmung der *Settler Colonial Studies* überträgt dieses Deutungsmuster auf Israel, das entsprechend als siedlerkoloniales Projekt interpretiert wird. Unter Ausblendung jeglichen historischen Kontextes erscheint der Zionismus dabei als Aneignung des Landes Indigener durch Nicht-Indigene. Da in diesem Deutungsrahmen jede Interaktion zwischen „Siedlern“ und „Einheimischen“ die Struktur der vermeintlich natürlichen palästinensischen Gemeinschaft verändert und damit die eigentlichen Eigentümer des Landes eliminiert, werden alle Handlungen Israels als Völkermord interpretiert. Die Gewährung der israelischen Staatsbürgerschaft, eine Zweistaatenlösung oder die Förderung von Multikulturalismus gelten dann als nicht weniger genozidal als die physische Vernichtung. Dadurch werden Kompromisse grundsätzlich unmöglich. Als einziger Ausweg erscheint die Wiederherstellung der vorkolonialen Vergangenheit und damit die Beseitigung des israelischen Staates und seiner Gesellschaft. Im Grenzfall bedeutet dies die Befürwortung von Massenvertreibungen und Massenmord.

Akteure

Linker Antisemitismus kann in allen Teilen des linken Spektrums auftreten. Gerade in linksextremistischen Kreisen ist die Verbindung zwischen ideologischen Deutungen und politischer Praxis jedoch besonders ausgeprägt. Antisemitische Akteure dieses Phänomenbereichs lassen sich in Deutschland zwei unterschiedlichen Hintergründen zuordnen: dem klassischen deutschen Linksextremismus und dem palästinensischen Diaspora-Milieu.²⁰

Klassischer Linksextremismus: Innerhalb des deutschen Linksextremismus lassen sich eine anarchistisch-autonome und eine dogmatisch-marxistische Strömung unterscheiden.

Die autonome Szene besitzt ein antideutsches und ein antiimperialistisches Lager. Während sich Antideutsche durch eine klar pro-israelische Position auszeichnen, vertreten Antiimperialisten einen radikalen Antizionismus.²¹ Die ohnehin bestehende Dominanz des antiimperialistischen Lagers scheint sich dabei seit dem 7. Oktober 2023 weiter zu vergrößern. Die postautonome *Interventionistische Linke (IL)* – ein Netzwerk autonomer Gruppierungen²² – geriet in den vergangenen Jahren zunehmend in antiisraelische Fahrwasser. Sie unterstützte bzw. organisierte in Berlin mehrere Großdemonstrationen „gegen Genozid, Apartheid, gegen (siedler-)koloniale Besatzung“.²³ Auch das aus der IL hervorgegangene Bündnis *Ende Gelände* betreibt antiisraelische Agitation, welche es – eher notdürftig – mit dem für die Gruppierung eigentlich konstitutiven Themenfeld der Klimapolitik verschränkt. Angeprangert werden vermeintlich imperialistische Interessen an Gas aus Gaza und Zement aus dem Westjordanland.²⁴

Die dogmatisch-marxistische Szene zerfällt in eine unüberschaubare Zahl von stalinistischen, maoistischen und trotzkistischen K-Gruppen und Parteien. In jüngster Zeit lässt sich eine Revitalisierung dieser Strömung feststellen, was – neben anderen Gründen – mit ihrer Positionierung nach dem 7. Oktober zusammenhängen dürfte. Ihr autoritärer Antiimperialismus gewinnt in Hinblick auf den Nahostkonflikt massiv an Anschlussfähigkeit. Das zeigt sich an den Aktivitäten zahlreicher K-Gruppen in „pro-palästinensischen“ Netzwerken, Bündnissen und Demonstrationen. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf den Universitäten.²⁵ An dem propalästinensischen Protestcamp an der Ludwig-Maximilians-Universität München beteiligte sich beispielsweise die Hochschulgruppe der *Revolutionären Internationalen Organisation (RIO)*. Der Aufruf für das Camp wurde auch von der *Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ)* geteilt.²⁶ Innerhalb der Partei „Die Linke“ gelingt es dem trotzkistischen Netzwerk *marx21* zunehmend den Diskurs hin zu anti-israelischen Positionen zu verschieben.²⁷

Diaspora-Milieu: Wichtiger Bezugspunkt linksextremer Akteure im Diaspora-Milieu ist die von der EU als Terrororganisation eingestufte *Volksfront für die Befreiung Palästinas* (PFLP). Die marxistisch-leninistisch geprägte Gruppierung agiert in Israel und im Westjordanland mit terroristischen Mitteln. In Deutschland ist sie vor allem propagandistisch tätig: Ihre Mitglieder organisieren Demonstrationen, Kundgebungen und Mahnwachen. Dabei treten sie nicht offen im Namen der Organisation auf.²⁸ Die PFLP ist im linksextremen und „palästina-solidarischen“ Spektrum gut vernetzt. 2017 bildeten ihre Anhänger zusammen mit der Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands (MLPD) eine gemeinsame Wahlliste. Ein Funktionär trat zudem als Sprecher bei einer Versammlung von Amnesty International Deutschland vor dem Auswärtigen Amt sowie auf einer Versammlung der Partei „Die Linke“ in Neukölln auf.²⁹

In Berlin kooperiert die PFLP im Rahmen der *Vereinigten Palästinensischen Nationalkomitees* (VPNK) mit der ebenfalls verbotenen Hamas. Hier deutet sich eventuell eine längerfristig angelegte Querfront zwischen Linksextremismus und Islamismus an. Das VPNK zielt vor allem auf die Mobilisierung der palästinensischen Diaspora bzw. der arabischen Gemeinde in Berlin.³⁰ Die Gruppierung tritt immer wieder als Mitveranstalter von Protesten in Erscheinung. Beteiligt war das VPNK beispielsweise am Palästina-Kongress im April 2024, beim Soli-Kiez-Event des Bezirksverbands Berlin-Neukölln der Partei „Die Linke“ im August 2025 sowie bei der Academic Boycott Conference im Januar 2026.³¹ Insgesamt erweist sich die Gruppierung als außergewöhnlich anschlussfähig.³²

Als eine Vorfeldorganisation der PFLP gilt *Samidoun – Palästinensisches Gefangenensolidaritätsnetzwerk*. Die international tätige Organisation fordert die Freilassung palästinensischer Strafgefangener, die Verbindungen zum Terrorismus oder PFLP aufweisen.³³ In

Deutschland erhielt Samidoun nach den Terrorattacken vom 7. Oktober besondere Aufmerksamkeit, als Mitglieder der Vereinigung auf der Sonnenallee Baklava verteilten, um auf diese Weise die Taten der Hamas zu feiern.³⁴ Im November 2023 verhängte das Bundesministerium des Innern ein Organisations- und Betätigungsverbot.³⁵ Das konsequente Vorgehen gegen die Organisation, die zuvor schon durch teils gewalttätige Proteste aufgefallen war, wurde in linksextremen Kreisen als Ausdruck einer repressiven und rassistischen Staatsgewalt gedeutet – etwa durch die Tageszeitung „junge Welt“. Bereits zuvor hatte sich die Rote Hilfe e. V., eine Organisation zur rechtlichen Unterstützung linksextremer Straftäter³⁶, solidarisch erklärt.³⁷ Anhänger von Samidoun treten in Deutschland nicht mehr unter diesem Namen in Erscheinung, beteiligen sich aber weiter am israelfeindlichen Protestgeschehen und verbreiten Internetpropaganda.³⁸

Als eine Art Nachfolgeorganisation kann *Masar Badil* (Bewegung des Alternativen Revolutionären Pfads) gelten. Die Gruppierung wurde 2021 gegründet und weist enge organisatorische und personelle Schnittstellen mit Samidoun auf. In seiner „Brüsseler Erklärung“ von 2022 fordert Masar Badil den „Aufbau einer einheitlichen, konsolidierten palästinensischen breiten nationalen Front“ unter Einbezug marxistisch-revolutionärer und islamistischer Kräfte. Ihre Propaganda zielt dabei auf Anschlussfähigkeit im weltlichen bzw. intellektuellen Milieu.³⁹

Eng mit dem Diaspora-Milieu verbunden ist schließlich die Gruppierung *Palästina Spricht*. Anders als die eben beschriebenen marxistisch orientierten Organisationen ist sie stärker postkolonialistisch, queerfeministisch und antirassistisch geprägt. Ihre Anhängerschaft ist zudem jünger und internationaler – in Berlin sind beispielsweise Expats stark vertreten. Palästina Spricht entstand als Reaktion auf den BDS-Beschluss des Deutschen Bundestages von 2019, mit dem das Parlament die Bewegung *Boycott, Divestment and Sanctions (BDS)* als antisemitisch verurteilte. Die Gruppierung nutzt israelskritische Einstellungen in Teilen der migrantischen Community und unter jungen Menschen mit internationalem Hintergrund, um den pro-israelischen Konsens innerhalb der deutschen Linken langfristig zu verschieben.⁴⁰ Der Bayerische Verfassungsschutz bezeichnet den Münchner Ableger der Gruppierung, *PS MUC*, als Hauptakteur der propalästinensisch-extremistischen Szene im Freistaat. Anhänger von PS MUC organisieren zahlreiche Veranstaltungen, etwa auf dem Odeonsplatz zum Jahrestag des Hamas-Überfalls. Zudem stören sie regelmäßig pro-israelische Versammlungen, entreißen Demonstranten israelische Fahnen und fordern den Tod israelischer Soldaten.⁴¹

Fazit

Antisemitismus hat im Laufe der Zeit sein Erscheinungsbild immer wieder verändert und tritt in unterschiedlichen politischen Milieus auf. Im linken Spektrum äußert er sich besonders in seiner antiisraelischen Form: Bekannte jüdenfeindliche Vorstellungen werden auf Israel als jüdisches Kollektiv übertragen und mit linken politischen Deutungen verbunden.

Marxistisch-leninistischer Antiimperialismus und bestimmte postkoloniale Ansätze liefern dafür unterschiedliche Begründungen. Israel erscheint in diesen Deutungsmustern als Vorposten kapitalistischer Ausbeutung oder als illegitimer Kolonialstaat. So können die grundsätzliche Ablehnung seiner Existenz und die Rechtfertigung terroristischer Gewalt als Befreiungskampf dargestellt werden. Gemeinsame Israelfeindschaft kann zudem die Zusammenarbeit zwischen linken und islamistischen Akteuren begünstigen.

Für die Beurteilung von Israelkritik ist der genaue Kontext entscheidend. Zu prüfen ist, ob eine Aussage antisemitische Vorstellungen aufgreift und auf den jüdischen Staat oder seine Politik überträgt. Dabei müssen insbesondere die zugrundeliegenden ideologischen Deutungen berücksichtigt werden: Sie können erklären, welche Bedeutung Begriffe und Forderungen enthalten und wie antisemitische Zuschreibungen als Gesellschaftskritik erscheinen.

Anmerkungen

Alle Internetadressen wurden am 12.10.2026 abgerufen.

¹ Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus (RIAS.): Antisemitische Vorfälle in Deutschland 2025, Berlin 2026, S. 9.

² Bundesministerium des Innern (BMI): Verfassungsschutzbericht 2025, Berlin 2026, S. 60.

³ Decker, Oliver/Heinke, Nina/Brähler, Elmar: Das Aufbrechen des Antisemitismus in linken Milieus nach dem 07.10.2023 – Einige Befunde zur unterschätzten Präsenz von Ressentiments in linken Milieus und der Versuch einer gesellschaftstheoretischen Einordnung, in: Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik, 2025, S. 4.

⁴ International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA): Arbeitsdefinition von Antisemitismus, <https://holocaustremembrance.com/resources/arbeitsdefinition>.

⁵ Klug, Brian: The collective Jew: Israel and the new antisemitism, in: Patterns of Prejudice, 37. Jg., Heft 2, Juni 2003, S. 5; Pfahl-Traughber, Armin: Antisemitismus als Feindschaft gegen Juden als Juden. Ideologieformen, Definitionen und Fallbeispiele, in: Der Bürger im Staat, 63 (4), 2013, S. 252.

⁶ Pfahl-Traughber, Armin: Antizionistischer und israelfeindlicher Antisemitismus, Bundeszentrale für politische Bildung, 30.04.2020, <https://www.bpb.de/themen/antisemitismus/dossier-antisemitismus/was-heisst-antisemitismus/307746/antizionistischer-und-israelfeindlicher-antisemitismus/>.

⁷ IHRA: Arbeitsdefinition von Antisemitismus.

⁸ Pfahl-Traughber 2013, S. 253.

⁹ Schuster, Josef: Auch codierter Judenhass muss geahndet werden, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7.10.2026, <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/josef-schuster-auch-codierter-judenhass-muss-geahndet-werden-accg-201292319.html>.

¹⁰ Klug 2003, S. 7.

¹¹ Pfahl-Traughber 2020

¹² Sharansky, Natan: 3D Test of Anti-Semitism: Demonization, Double Standards, Delegitimization, in: Jewish Political Studies Review, 16. Jg., Heft 3–4, 2004, S. 5–8.

¹³ Pfahl-Traughber 2020.

¹⁴ Baron, Udo: Antisemitismus und Antizionismus im bundesrepublikanischen Linksextremismus. Eine Analyse der historischen und aktuellen Entwicklungen, in: Hansen, Hendrik/Pfahl-Traughber, Armin (Hrsg.): Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2024–2026 (II), Brühl 2026, S. 28 f.

¹⁵ Salzborn, Samuel: Antisemitismus. Geschichte, Theorie, Empirie, Baden-Baden 2014, S. 108 f.

¹⁶ Die Ausführungen zur marxistisch-leninistischen Imperialismustheorie orientieren sich hauptsächlich an Hansen, Hendrik: Ideologische und strategische Grundlagen einer Querfront von Marxisten-Leninisten mit Islamisten. Antisemitismus, Antiimperialismus und Bündnispolitik, in: Ders. / Pfahl-Traughber 2026, S. 31–58.

¹⁷ Baron 2026, S. 15.

¹⁸ Siewert, Norman: Eine neue antiisraelische „Querfront“ in Deutschland. Kooperation und Vernetzung extremistischer Akteure nach dem 7. Oktober 2023, in: Hansen / Pfahl-Traughber 2026, S. 127.

¹⁹ Diese Ausführungen orientieren sich an Elbe, Ingo: „Einen Israeli zu töten bedeutet, zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen“. Bemerkungen zu Gewaltpotential und Autoritarismus-Affinität im postkolonialen Denken, in: Hansen / Pfahl-Traughber 2026, S. 59–94.

²⁰ Die Unterscheidung orientiert sich an Siewert 2026. In den Verfassungsschutzberichten fallen Gruppierungen aus dem Diaspora-Milieu unter die Kategorie des auslandsbezogenen Extremismus. Das vorliegende Paper orientiert sich jedoch an den zugrundeliegenden Ideologien. Aus dieser Perspektive erscheint eine Zuordnung zum Linksextremismus sinnvoll.

²¹ Siewert 2026, S. 121.

²² BMI 2026, S. 193.

²³ Siewert 2026, S. 125.

²⁴ Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration (StMI): Verfassungsschutzbericht Bayern 2025, München 2026, S. 173 ff.

²⁵ Siewert 2026, S. 126 f.

²⁶ StMI 2026, S. 51 f.

²⁷ Siewert 2026, S. 129.

²⁸ BMI 2026, S. 309

²⁹ Siewert 2026, S. 110.

³⁰ Senatsverwaltung für Inneres und Sport (SenInnSport): Verfassungsschutz Berlin. Bericht 2025. Pressefassung, Berlin 2026, S. 63.

³¹ Hansen 2026, S. 55.

³² Siewert 2026, S. 113.

³³ BMI 2026, S. 309.

³⁴ Siewert 2026, S. 98.

³⁵ SenInnSport 2026: S. 64.

³⁶ BMI 2026, S. 207.

³⁷ Siewert 2026, S. 102 ff.

³⁸ SenInnSport 2026, S. 64.

³⁹ StMI 2026, S. 149 f.

⁴⁰ Siewert 2026, 118 ff.

⁴¹ StMI 2026, S. 54 ff und S. 147 f.

Dr. Benjamin A. Hahn

Referatsleiter für Verfassung, Europäische Integration, Innere Sicherheit, Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Hanns-Seidel-Stiftung, München

Thomas Haslböck

Leiter des Referats für Gesellschaftlichen Zusammenhalt und Interkulturellen Dialog, Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Hanns-Seidel-Stiftung, München

Impressum:

Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Lazarettstraße 33, 80636 München

Vorsitzender: Prof. Klaus Holetschek, MdL; Generalsekretär: Dr. Stefan Ebner, MdL,

Hauptgeschäftsführer: Dr. Josef Widmann

ISSN online: 3054-9302

Hinweis:

Zur besseren Lesbarkeit der Texte wird auf die gleichzeitige Verwendung femininer und maskuliner Sprachformen verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten geschlechtsneutral bzw. für alle Geschlechter.